

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **27 (1947-1948)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Eine Wochenzeitung der französischen Schweiz trug kürzlich in fetter Überschrift diese Schlagzeile:

«L'Europe n'est pas à vendre».

Damit ist zweifellos ein Gedanke wiedergegeben, der hin und wieder, in zustimmendem oder auch in skeptischem Sinn, den Europäer beschäftigen mag. In einer Tageszeitung der deutschen Schweiz ist nun unlängst ein Bericht erschienen, der mit dem wiedergegebenen Standpunkt des Wochenblattes, so scheint uns, irgendwie in Beziehung zu setzen wäre. So meldete der Pariser Korrespondent des «Bund» unter der Überschrift

«Wie der eiserne Vorhang gehoben werden könnte»

seinem Blatte unlängst, kurz zusammengefaßt, folgendes: Das von der Konferenz der sechzehn Nationen in Paris eingesetzte Energiekomitee, in dem bekanntlich auch die Schweiz vertreten war, habe einen sehr interessanten Bericht abgefaßt, der aber der Öffentlichkeit vorerst nicht zugänglich gemacht werde. Immerhin sei der Korrespondent in der Lage, daraus unter anderem wiederzugeben, daß für die sechzehn Länder der Konferenz für das Jahr 1951 mit einem Defizit von 40 Millionen Tonnen Kohle gerechnet werden müsse. Deshalb sei es nötig, auf Importe aus andern Ländern zu greifen. Leistungsfähig wären in dieser Beziehung die Vereinigten Staaten und Polen. Und obwohl nun Polen auf der Konferenz nicht vertreten war und im Einflußgebiet der Sowjetunion liege, werde in Artikel 104 des Berichtes von den sechzehn Nationen und zwar

im Einverständnis mit den Amerikanern

genau festgelegt, in welchem Maße Polen die Bedürfnisse der kohlenhungrigen Staaten Westeuropas befriedigen könne. Der Korrespondent des «Bund» bemerkt hiezu von sich aus:

«Wohl kein Dokument könnte deutlicher als dieser Bericht die unbedingte Notwendigkeit des intensivsten Warenaustausches zwischen Ost- und Westeuropa kennzeichnen und damit zu der Hoffnung berechtigen, daß dieser Warenaustausch auch zur politischen Verständigung beider Blocks führen kann und wohl auch führen wird».

Nun habe sich aber, und zwar in engem Zusammenhang mit dieser Angelegenheit, jüngst folgendes ereignet: Es sollte in diesen Tagen eine französische Delegation nach Warschau fahren, um einen

Handelsvertrag mit Polen

abzuschließen. Ein vorläufiges Abkommen sei bereits im August 1947 in Paris unterzeichnet worden. Über die Leistungen jenes Abkommens hinaus hätten die Polen Frankreich weitere Kohlenlieferungen angeboten, für welche Frankreich französische Automobile und Lastwagen an Polen abgeben sollte. Und der Korrespondent berichtet weiter:

«Die dem Finanzministerium nahestehenden Kreise waren bereit, dieses Abkommen zu unterzeichnen. Aber das französische Außenministerium zögerte im letzten Augenblick und wollte die Gelegenheit dazu benutzen, in diesem Zusammenhang die Frage der Regelung der *polnischen Schulden an Frankreich* zu bereinigen».

Zu diesem Zweck solle nun die Delegation nach Warschau fahren. Es handle sich dabei um Vorkriegsschulden, so um die Rückzahlung der in den Jahren 1920 bis 1938 in Frankreich aufgelegten Anleihen des polnischen Staates, ferner um die Rückzahlung der vor 1914 Rußland gewährten Anleihen, die das zaristische Rußland teilweise in Gebieten investiert habe, die 1919 dem polnischen Staat übertragen wurden, und ferner um Schulden und Entschädigungen aus der Zeit des zweiten Weltkrieges, so für den Unterhalt der polnischen Armee in Frankreich und Entschädigungen an französische Aktionäre aus den in Polen durchgeführten Nationalisierungen. Und der Korrespondent fährt fort:

«Man muß sich hier die Frage vorlegen, was denn eigentlich die Schulden der Vergangenheit mit den Warenaustauschabkommen, die die Zukunft betreffen, zu tun haben. Man spricht hier davon, ohne daß dafür eine Bestätigung erlangt werden kann, daß *amerikanische Kreise der Hochfinanz und Schwerindustrie* in Frankreich interveniert haben, damit es nicht zum Abschluß des Warenaustauschabkommens Kohle gegen Automobil komme, und zwar sollen diese amerikanischen Kreise Angehörige der französischen Hochfinanz vorgeschoben haben, um durch Aufstellung der finanziellen Forderungen das geplante Abkommen mit Polen zu verhindern. Vielleicht denken diese Amerikaner an ihre eigene Automobilproduktion, für die sie den polnischen Exportmarkt nicht verlieren wollen. Wie wir weiterhin erfahren konnten, besteht die große Gefahr, daß wegen dieser finanziellen Forderungen das gesamte französisch-polnische Handelsabkommen vielleicht scheitern wird».

* * *

Um die

Beziehungen der Mächte des Westens zu der Macht des Ostens

sind in jüngster Zeit besonders viele Kombinationen aufgetaucht und in ihrem Umkreis auch einige Gerüchte herumgeboten worden, von denen hier die paar wesentlichsten registriert werden mögen.

Exchange meldete Ende Oktober aus Washington:

«In eingeweihten Kreisen wird erwartet, daß Rußland auf der im November stattfindenden Londoner Außenministerkonferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland und den Staatsvertrag mit Österreich die *Abberufung aller alli-*

ierten Besetzungstruppen aus Deutschland vorschlagen wird. In den gleichen Kreisen heißt es, Staatssekretär Marshall werde dieser Anregung nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß der Abmarsch der Truppen von ausreichenden Sicherungen gegen eine spätere politische Beherrschung Deutschlands durch Rußland begleitet werde».

Und gerade in diesem Zusammenhang mag eine andere Meldung erwähnt werden, wonach nämlich Polen gegen den amerikanisch-britischen Industriepan für Westdeutschland protestiert und Sicherungen gegen die potentielle Gefahr, die daraus erwachsen könnte, verlangt habe. Die USA hätten daraufhin auf ihren alten

Plan eines Viermächtepaktes

verwiesen, durch welchen am einfachsten und am zweckmäßigsten gegen eine solche potentielle deutsche Gefahr vorgebaut werden könnte — gegen die Sicherungen zu verlangen man den Polen kaum ernstlich wird verübeln können. Und zweifelsohne wäre die Verwirklichung dieses bereits im Jahre 1945 entworfenen Planes geeignet, am Ende auch jenen Rückzug der Besetzungstruppen möglich zu machen, von dem in der Exchangemeldung die Rede war. Vom Standpunkt unserer widrig von Gegensätzen bewegten Tage aus gesehen ist das freilich ein Ziel, das fast unerreichbar, ja utopisch, erscheinen will; trotzdem: wer möchte sich — auch heute — vermessen, dieses Ziel endgültig als verloren zu betrachten?

In diesem Zusammenhange erscheint nicht wenig bemerkenswert eine geheimnisvoll charakterisierte Meldung, der man unlängst an verschiedenen Stellen begegnen konnte. Bekanntlich ist

der deutsche Panzerkreuzer «Lützow»,

die frühere «Deutschland», im Verlaufe des Krieges von englischen Bomben wiederholt schwer beschädigt worden, und am Ende lag er, wie es heißt, vor dem Hafen von Kiel auf Grund. In derselben Lage befand sich zu Kriegsende auch Hitlers einziger großer

Flugzeugträger, der «Graf Zeppelin»,

der ein Fassungsvermögen von 100 Flugzeugen aufgewiesen haben soll. Auch dieses erst im Kriege gebaute Schiff wurde, und zwar schon während seiner Fertigstellung, von englischen Bomben wiederholt getroffen und am Ende ebenfalls vor dem Hafen von Kiel auf Grund gesetzt. Nun hatten die russischen Behörden festgestellt, daß die beiden Schiffe nach ihrer Hebung wiederum in einen verwendungsfähigen Zustand gebracht werden könnten, und daraufhin ordneten sie diese Hebung an. Die beiden Schiffe sollten nun unlängst, und zwar zu verschiedenen Zeitpunkten, vom Ort ihrer Hebung zur endgültigen Wiederherstellung in einen russischen Hafen geschleppt werden. Allein sie sanken beide auf diesem Transport unter rätselhaften Umständen und gingen dadurch ihren neuen Besitzern endgültig verloren. Man mag diese Geschichte betrachten wie man will, — sie hat jedenfalls ihre symptomatische Bedeutung und vermag gleichsam blitzartig gewisse bestehende Spannungen zu beleuchten. Und es ist zweifellos, daß auf diesem heiklen Terrain der Beziehungen zwischen Ost und West am laufenden Band viele ungemütliche Dinge geschehen; jedenfalls ist

die gegenseitige Spionage und Gegenespionage

auf das äußerste ausgebaut und vervollkommenet. Und wie sie im einzelnen Falle funktioniert, das erfährt man dann an solchen Ereignissen.

* * *

Im großen Flusse dieser Beziehungen mögen noch zwei Hinweise festgehalten werden. Der eine betrifft

die Tschechoslowakei.

In diesem Lande wird ohne Zweifel ein ganz schwerer Kampf geführt zwischen den Elementen des kommunistischen Blockes, welche die endgültige Sicherung einer bedingungslosen Orientierung nach Osten erstreben, und den andern, welche den Zusammenhang mit dem Westen um keinen Preis abreißen lassen wollen. Diese haben sich um die Person des Präsidenten Benesch gesammelt. Und ganz offensichtlich ist dieser nicht bereit, zu kapitulieren, was bei seiner Zähigkeit auch keineswegs verwunderlich erscheint. Für seine Aktivität spricht nun u. a. das Faktum, daß unlängst allen Ernstes davon gesprochen wurde, die Tschechoslowakei möchte versuchen, so etwas wie einen *Status der Neutralität* zu erlangen. Diese Vermutung ist zweifellos recht interessant, und sie hat eine gewisse Bestätigung gefunden in der entschiedenen Weigerung des vielbegehrten Landes, die Nachfolge Polens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzutreten. Kurz darauf wurde von Prag aus eilends die Meldung verbreitet, daß Präsident Benesch schwer erkrankt an seinem Feriensitz in der Slowakei darniederliege. . . Der andere Hinweis ist kürzer; er betrifft

Jugoslawien

und hat eine Äußerung von Marschall Tito zum Gegenstand, die man nicht anders denn als salomonisch bezeichnen kann, und von der folgendes verlautet:

Marschall Tito hielt an der Schlußsitzung des ersten Kongresses der jugoslawischen Partisanen eine Rede, in der er erklärte: «Wir bauen das Land auf, *wie wenn* wir 500 Jahre Frieden vor uns hätten. Gleichzeitig bereiten wir uns aber vor, *wie wenn* der Krieg ausbrechen sollte».

* * *

Aus dem Bereiche der Gruppe der

«Schwerverwundeten Sieger»,

wie der «Landbote» von Winterthur die betreffenden Länder kürzlich bezeichnete, sind ebenfalls vereinzelte Hinweise festzuhalten. Sie betreffen

England und sein Imperium,

— England, von dem die «Nation» kürzlich die rhetorische Frage formulierte, ob es sich wohl «wieder großhungern» könne. . . Hier wäre festzuhalten eine Meldung der «United Press», die verhältnismäßig wenig beachtet wurde und deshalb wiedergegeben sei:

Von gut unterrichteter Seite wird berichtet, daß gegenwärtig stattfindende *britisch-abessinische Besprechungen* zu einem Bündnis der beiden Länder auf weite Sicht führen dürften. Ein solches Bündnis würde nach Ansicht diplomatischer Beobachter England sehr gelegen kommen, da es sich ausgezeichnet in den *Verteidigungsplan des britischen Empire für Ostafrika* einfügen ließe.

Sicher ist diesen ostafrikanischen Plänen für die Zukunft große Beachtung zu schenken, und zwar gerade im Zusammenhang mit der auffällig dezidierten Schlußnahme der englischen Behörden im Sinne einer baldigen *Räumung von Palästina*. Übrigens wird man anlässlich der auf ungefähr ein Jahr berechneten Beratungen über die *Zukunft der italienischen Kolonien* bestimmt noch mehr von diesen Dingen hören.

Aus

Indien

erklang indessen wieder einmal die Stimme des Aga Khan. Einem Bericht der «Tat» ist zu entnehmen, daß der vielseitige Fürst auf die Möglichkeit einer weitgehenden Industrialisierung Indiens hinwies und zwar auf dem Wege der Verwirklichung eines großen Elektrifikationsprogramms:

«Ägypten verdankt sein Gedeihen dem Nil — wir haben aber 10 ‚Nile‘, so erklärte der Fürst. Bombays ganze Industrie wird von einem einzigen Wasserfall gespeisen, und solche Wasserfälle haben wir tausende. *Wir haben weder England noch Rußland notwendig*, sondern allein die Bankiers des Universums — *die Amerikaner*. Wenn uns genügend amerikanisches Kapital zur Verfügung steht, wird es keine zwei Jahre dauern, um all die Fragen zu lösen, die Indien während Jahrhunderten beschäftigten. Dann werden die Lebensbedingungen in Indien außerordentlich gut sein, und auch die Fremden werden eine gute Aufnahme finden».

Aber der Aga Khan machte auch eine interessante Äußerung zum

Problem Rußland,

die wir festhalten wollen:

«Den Panslawismus kenne ich schon lange. Er ist heute unter Stalin derselbe, wie er unter den Zaren war. Für Indien aber haben wir von ihm nichts Ernsthaftes zu befürchten».

* * *

Auch von

General Franco

liegt wieder einmal ein Bericht vor. Wie man hört, hatten Mitglieder der amerikanischen Kongreßdelegation,

«welche mit der Prüfung der amerikanischen Propagandamethode in Europa betraut ist»,

eine längere Besprechung mit dem spanischen Diktator, über deren Ergebnis aber nichts weiter verlautete. Dafür haben jüngst die Londoner «Times» einen längeren Bericht über das Problem veröffentlicht, woraus hervorgeht, daß das Regime des

Diktators so fest steht wie je. Frankreich, so heißt es in dem Bericht, habe ohne Zweifel die Maßnahmen bedauert, die es unvorsichtigerweise gegenüber der Franco-Regierung ergriff. Andererseits sei die Opposition so uneinig wie noch nie, und der Bericht schließt:

«Da dieses Land nur durch seine eigenen Anstrengungen auf seiner gegenwärtigen politischen Lage herauskommen kann, *wird man noch lange warten müssen*, wie ungeduldig die Welt auch sein mag, bis die Franco-Regierung verschwindet».

* * *

Abschließend sei noch auf die

Publikation des ehemaligen amerikanischen Staatssekretärs Byrnes

verwiesen, und hier insbesondere auf den Briefwechsel zwischen Churchill und Roosevelt. Es geht aus den publizierten Dokumenten einwandfrei hervor, was übrigens schon seit längerer Zeit zu vermuten war, daß zwischen Churchill und Stalin im Jahre 1944 eine eigentliche

Abgrenzung der Einflußsphären auf dem Balkan

vereinbart worden ist, indem, wie Churchill im Frühjahr 1945 an Roosevelt schrieb,

«Rußland die Führung in Rumänien und Bulgarien übernehmen sollte, während wir in gleicher Weise in Griechenland handeln würden». *Stalin* habe sich getreulich an diese Vereinbarung während der Kämpfe gegen die Kommunisten und die *Elas* in Athen gehalten, obwohl ihm diese Entwicklung sehr unangenehm war.

Jann v. Sprecher.

Brief aus Paris

Die Gemeindewahlen sind beim Erscheinen dieses Artikels vorüber, und ihr Ergebnis wird uns schon allerhand gelehrt haben. Wird man von einer

Evolution der öffentlichen Meinung

sprechen können? Wahrscheinlich. Die extreme Linke hat mit der Wiedererstellung der Komintern aufs neue Kampfstellung bezogen. Ob diese Taktik aber sehr geschickt ist? Man hegt darüber allerhand Zweifel. Der Streik bei den Pariser Verkehrsbetrieben wurde aus geringfügigen Gründen vom Zaun gebrochen und schädigte Millionen von Menschen. Solche Zwischenfälle und die Erregung auf sozialem Gebiet sollten — so möchte man annehmen — die Wähler veranlassen, ihre Stimme der Rechten zu geben. Sicher hat das von General de Gaulle gegründete «Rassemblement du Peuple Français» (R.P.F.) mehr als nur einige Punkte gewonnen. Es kündigt sich bereits als der große politische Faktor von morgen an.

Diese Kämpfe um die Macht dürfen jedoch die Aufmerksamkeit nicht von Tatsachen ablenken, die recht bitter sind und ein Handeln ohne Aufschub verlangen.

Wird

die amerikanische Hilfe

rasch genug kommen und wird sie in konkreter Form in Erscheinung treten? Gewisse amerikanische Beobachter waren der Meinung, die französische Regierung habe durchaus nicht alles getan, was sie hätte tun können, um Ordnung in ihre eigenen Angelegenheiten zu bringen. Es ist nicht sehr angenehm, sich so etwas sagen zu lassen, und besonders nicht, wenn man selbst das Gefühl haben muß, die Vorwürfe seien berechtigt. Es ist viel Zeit verloren worden, die vielleicht nicht mehr einzuholen ist. Immerhin darf man nicht übersehen, daß vor kurzem die Regierung Ramadier sich endlich entschlossen hat, in finanzieller Hinsicht den Weg der Weisheit zu beschreiten. Vielen Leuten sind jedoch die dem Land durch Ramadier angekündigten Projekte als zu zaghaft, zu wenig einschneidend vorgekommen. Die finanzielle Lage erscheint den Franzosen selbst derartig düster, daß sie so weit gekommen sind, von ganz einfältigen und drastischen Lösungen der Schwierigkeiten zu träumen. So ging zum Beispiel das Gerücht von einer

Abwertung des Frankens

um. Zum Glück ist diese Lösung für den Augenblick fallen gelassen worden, denn die Vorbedingungen für den Erfolg einer solchen Operation sind heute gar nicht vorhanden. Man erinnert sich ja noch daran, was 1945 geschah, als das «Gouvernement Provisoire» beschlossen hatte, den Franken auf gleiche Basis wie die Kurse des freien Marktes zu stellen: man sah alsbald die «freien» Kurse um 100 % steigen, so daß sich bald wieder derselbe Abstand zwischen ihnen und den offiziellen Kursen ergab. Vom finanztechnischen Gesichtspunkt aus bringt nämlich eine Abwertung einem Land nichts ein, wenn dieses, wie das bei Frankreich der Fall ist, sehr viel mehr importieren muß, als es exportieren kann. Vor dem Krieg konnte sie anregend auf den Export wirken. Jetzt ist dies Ergebnis viel weniger sicher, da alle Regierungen durch Kontrollen und andere Maßnahmen der Selbstverteidigung ihren Import auf das notwendigste beschränken. Immerhin scheint es, daß man den Gerüchten etwas Glauben schenken darf, die von einer Abänderung des in den Vereinbarungen von Bretton Woods festgelegten

Verhältnisses zwischen Dollar, Pfund und Franken

— vielleicht auch zwischen demjenigen dieser Währungen und dem Gold — sprechen. Können aber solche Verhandlungen zu einem guten Ende geführt werden, ehe der Marshall-Plan, vom amerikanischen Kongreß gebilligt, für das westliche Europa wieder Aussichten auf stabile Verhältnisse eröffnet?

Inmitten der Unsicherheit der heutigen Lage hat die französische Regierung sich also darauf beschränkt, ganz bescheiden an der

Wiederherstellung stabiler Verhältnisse

zu arbeiten. Der Erfolg dieser Bemühungen hängt aber nicht allein von der Regierung ab. Sie hat sich gesagt, daß ihr Bestreben, das Budget wieder ins Gleichgewicht zu bringen, auch gleichzeitig die psychologische Grundlage zu einer Rückkehr des allgemeinen Vertrauens schaffen würde. Denn das Mißtrauen gegenüber der eigenen Währung ist das stärkste Charakteristikum der gegenwärtigen französischen Psychologie. Es hält die Hausse der Preise aufrecht und bekommt seinerseits wieder neue Nahrung durch diese Hausse.

Eine der schwerwiegendsten Folgen dieses Zustandes besteht darin, daß es dem Staat unmöglich ist, Geld aufzunehmen. Die gleiche Lage hat man ja nach dem

ersten Weltkrieg kennen gelernt, aber damals gab es einen zwar nicht sehr glänzenden, aber oft sehr nützlichen Ausweg: man gab eine Anleihe in einer fremden, starken Währung heraus. Heute ist so etwas nicht möglich.

Der Staat versucht also, seinen Kredit nach alter, bewährter Weise wieder herzustellen, die darin besteht:

weniger ausgeben, mehr einnehmen.

Sind aber Einsparungen von großem Ausmaß bei den staatlichen Dienststellen möglich? Viele Leute stellen sich vor, die Entlassung einer großen Zahl unnützer Beamter genüge. Aber das ist eine falsche Vorstellung. Durch den Krieg und die neuen Aufgaben, die der Staat auf sich genommen hat, ist in allen Ländern die Anzahl der Beamten vervielfacht worden. Frankreich hat deren im Verhältnis nicht mehr als wie die Vereinigten Staaten oder England; und dazu sind seine Beamten sehr viel schlechter bezahlt.

Wirkliche Ersparnisse könnten bei der

Verwaltung der nationalisierten Betriebe

gemacht werden, deren Defizit zu Lasten des Staates geht. Und schließlich kann die Inflation auch noch bekämpft werden, indem man die Ausführung von Arbeiten vermeidet, deren Finanzierung Mittel erfordert, die im Verhältnis zum Nationalvermögen zu beträchtlich sind. Man muß also auf an und für sich ausgezeichnete, aber die Mittel überschreitende Pläne verzichten.

Andererseits hat die Regierung eine Politik der Drosselung der Kredite in Kraft gesetzt. Sie hofft, dadurch die Veranlassung zu geben, daß die zurückgehaltenen Vorräte auf den Markt gebracht werden. Aber läuft sie dabei nicht Gefahr, die bereits stagnierenden Geschäfte vollends lahmzulegen? ¹⁾

Die Regierung hat endlich eine

Reform des Steuerwesens

angekündigt. Diese Arbeit hätte schon lange unternommen werden müssen. Der Staat hat seit dem Krieg hartnäckig an einem untauglich gewordenen Steuersystem festgehalten, das die Steuerlasten von denjenigen tragen ließ, die durch die Entwicklung der Verhältnisse ruiniert worden sind. Das war nicht nur ungerecht; die Steuereinnahmen blieben auch entsprechend zurück.

Das französische Steuersystem behandelte vor dem Krieg die Landwirte und die Handeltreibenden mit großer Schonung. Es tat dies zweifellos aus politischen Gründen. Aber damals hatten es auch die Landwirte schwer, und die Krisen verschonten die Kaufleute nicht. Mit dem Mangel an allen Dingen und durch die Inflation hat sich aber die Lage in das genaue Gegenteil verkehrt: Landwirte und Handeltreibende gehen mit großen Bündeln von Banknoten um, während die traditionellen Steuerzahler — die Lohnempfänger, die Hausbesitzer und die Wertpapierbesitzer — sehen, daß sie arm geworden sind. Wir wollen ein eindrucksvolles Beispiel zeigen: das des bebauten Grundbesitzes. Die Einkünfte aus einem Pariser Renditenhaus sind im allgemeinen bei einem Koeffizienten angelangt, der unter 4 liegt, bezogen auf den Wert von 1914. Die Bau- und Unterhaltskosten aber sind beim Koeffizienten 70. Trotzdem ist die Steuer auf dem Grundbesitz seit 1914 um das Zehnfache gestiegen. Wenn die Regierung den Weg einschlägt, die tatsächliche Entwicklung zu berücksichtigen, und lieber die neuen Reichen zahlen zu lassen, an-

¹⁾ Genau dasselbe Problem stellt sich ja, wie unser Korrespondent berichtet, auch in Italien. *Schriftleitung.*

stelle der neuen Armen, dann wird sie einen großen Schritt zur Sanierung des Budgets und zur Wiederherstellung seines Gleichgewichts tun. Er stellt den gesündesten Abschnitt des gegenwärtigen Finanzprojektes dar.

Aber dieser erste Schritt auf dem richtigen Weg könnte natürlich einen etwaigen Sturm nicht daran hindern, loszubrechen. Indessen ist es wenig wahrscheinlich, daß es in der Macht von irgend jemand läge — nicht einmal in derjenigen der Kommunisten — in Frankreich einen

Bürgerkrieg

zu entfesseln, der dann unvermeidlich das Vorspiel zu einem neuen Weltkrieg wäre. Aber bei dem Spiel, das gegenwärtig die Linke treibt, wird eine mehr oder weniger rasch sich entwickelnde Periode politischer Erregungen und Unruhen deutlich sichtbar.

Bertrand de la Salle.

Brief aus Italien

Das politisch wichtigste Ereignis der vergangenen zwei Monate für Italien war zweifelsohne die am 15. September erfolgte

Ratifikation des Friedensvertrages

durch die vier Großmächte, wodurch wenigstens eines der vielen Nachkriegsprobleme gelöst wurde. Ob befriedigend gelöst, wird die Zukunft zeigen. Für Italien war es zugleich ein Tag der Trauer und der Befriedigung. Wenn auch keine chauvinistischen Haßparolen dieses Ereignis begleiteten, betrachten es wenige Italiener als endgültige Regelung. Daß andererseits die Ratifikation des Friedensvertrages Italien ein gutes Stück weitergebracht hat, leuchtet jedermann ein. Bis zum 15. Dezember sollen die Alliierten Italien geräumt haben. Daß dieses Datum auch eingehalten werden dürfte, bezeugt der bereits eingesezte Exodus der Amerikaner aus ihrem großen Nachschubhafen Livorno.

Sehr guten Eindruck hat hier der Verzicht der Vereinigten Staaten auf den ihnen laut Friedensvertrag zustehenden Teil der italienischen Flotte gemacht. Wenn dies zweifellos für Amerika ein leichtes Opfer war, so bedeutet es doch den ersten Schritt auf dem Wege zur Revision des harten Vertrages. Übrigens soll auch Großbritannien dem amerikanischen Beispiele folgen. Für Italien weit wichtiger wäre natürlich ein Entgegenkommen der Siegermächte in der

Frage der italienischen Kolonien.

Da spielen aber nicht nur die britischen Mittelmeerinteressen eine große Rolle, sondern auch das erwachende Selbstbewußtsein der arabischen Bevölkerungen, vorab der Senussi in der Cyrenaika, und natürlich die große westöstliche Spannung. Immerhin hat der Kreml kein Interesse daran, die Italiener aller Volkskreise in dieser ihnen so zu Herzen gehenden Sache vor den Kopf zu stoßen und dadurch die Stellung der Kommunisten, die durch das ganze Adriaproblem ohnehin belastet ist, noch weiter zu erschweren. In Nordafrika hausen schließlich auch keine Jugoslawen wie jenseits der Venezia Giulia, deren Sympathien durch wirkliches oder vermeintliches Entgegenkommen an die Italiener verscherzt werden könnten. Die Voraussetzung für eine vernünftige Lösung der heiklen Kolonienfrage ist also trotz der internationalen Spannung durchaus gegeben.

Im Vergleich mit der tragischen Lage Deutschlands und Österreichs besteht Anlaß, die zwar gewiß nicht glänzende, aber doch bedeutend günstigere Situation Italiens in dieser unheilvollen Nachkriegsepoche dem «stellone», seinem traditionellen Glücksstern zuzuschreiben. Wo stände unser südlicher Nachbar heute (und damit auch wir!), wenn auch hier eine Viermächtebesetzung wie im Norden vereinbart worden wäre, und die Russen z. B. die östliche Hälfte der Lombardei bis zum Tessin oder der Adda besetzt halten würden? Daß es nicht dazu kam, ist im Grunde gar nicht so selbstverständlich, standen doch die Italiener 1941 und 1942 auch tief in der Ukraine. Genau wie Japan verdankt Italien seine relativ günstige Lage dem Umstand, nur von *einer* Mächtegruppe verwaltet zu sein.

Innenpolitisch

ist die Lage viel gespannter als in außenpolitischer Hinsicht. Die große Herbst-attacke des Linksblocks gegen die Regierung de Gasperi ist in der Konstituante anfangs Oktober mit dem knappen Mehr von 40 Stimmen abgewiesen worden. Den Ausschlag dürfte der Rechtssozialist Saragat gegeben haben, der allerdings gegen die Regierung sprach, aber eine noch viel kräftigere Philippika gegen die Genossen von links schleuderte. Gerade diese Abstimmung zeigte aber wieder, wie prekär die Stabilität der Regierung de Gasperis ist. Die eigenen Parteikräfte der «Democrazia Cristiana» reichen zu einer straffen, einheitlichen Mehrheitspolitik nicht aus, so daß der Regierungschef beständig nach Bundesgenossen im rechten Lager Ausschau halten muß — die Linke kommt nach der Neubildung der Komintern ohnehin nicht mehr in Frage. Stimmungsmäßig hat man den Eindruck, daß die rote Welle seit dem Frühjahr zum mindesten nicht weiter angeschwollen ist. Die Bevölkerung beginnt der ständigen Streiks müde zu werden; auch die treuesten Parteigänger Stalins können ihren Mitläufern die Tatsache nicht verhehlen, daß ohne die großzügige Hilfe der U.N.R.R.A. im allgemeinen und der Vereinigten Staaten im besondern Italien auf dem Elendsniveau Deutschlands oder Österreichs stände, denn von Rußland und seinen Satelliten hat das Land noch kein Weizenkorn geschenkt erhalten.

Es wäre vielleicht etwas gewagt, das anläßlich der

Stadtratswahlen in Rom

festgestellte Kräfteverhältnis der Parteien auf ganz Italien zu übertragen: je ein Drittel Linksblock (Kommunisten, Sozialisten und Aktionisten), «Democrazia Cristiana» und Splittergruppen des Zentrums und der Rechten. Immerhin scheint die Verdoppelung der Stimmenzahl seiner Partei innerhalb eines Jahres zu beweisen, daß de Gasperi trotz allen Kritiken auf die Unterstützung eines großen Teiles der Wähler zählen kann. Vor einem halben Jahre noch schien es, als ob mit einem unaufhaltsamen Abgleiten nach links gerechnet werden müsse. Wenn der kommende Winter nicht allzu hart ausfallen wird, darf man also den

Parlamentswahlen im nächsten Frühjahr

mit Vertrauen entgegensehen. Als Kuriosum sei der in Rom zutage getretene Zerfall der Qualunquistenpartei Gianninis erwähnt, der einmal die Prognose der großen Zukunftssiegerin gestellt worden war.

Seit dem Abbruch des großen Landarbeiterstreiks in Norditalien vor 11½ Monaten ist es zu

keinen größern Arbeitskonflikten

mehr gekommen. Zwar haben in der Campagna und im Latium Landarbeiter die Inbesitznahme unbearbeiteten Bodens durchzuführen versucht, sind aber nicht durch-

gedrungen. Am französischen Wirrwarr gemessen muten die italienischen Verhältnisse in dieser Beziehung geradezu idyllisch an! Der Kenner weiß allerdings, daß es auch hier unter der Oberfläche gärt und kräftige Entladungen durchaus möglich wären. Je nach dem Ausgang des gegenwärtigen Hosenlupfes zwischen links und rechts in Frankreich dürfte auch die innenpolitische Situation Italiens sich entwickeln.

Trotz den weiter stark gestiegenen Lebenskosten stellen sich die Arbeiter und auch bestimmte Angestelltenklassen infolge der gleitenden Lohnskala nicht schlechter als früher. Die Leute sehen entschieden besser genährt und gekleidet aus als noch letztes Jahr. So haben die bedeutenden Kohlen- und Weizenimporte zum mindesten eine Verschlechterung der Lage verhindert. Während Großbritanniens graue «austerity» in der Zwischenzeit noch grauer geworden ist, während das reiche Frankreich seinen ausländischen Gästen noch heute ungenießbaren Ersatzkaffee und schwerverdauliches Maisbrot serviert und seinen Bürgern kein Benzin mehr abgibt, schlürfen die Italiener wieder ihren brasilianischen «espresso», fahren Auto wie die Schweizer und stellen sich bestimmt ganz ordentlich. Wir schreiben diese erfreuliche Tatsache zum Teil wenigstens dem Umstande zu, daß hier

wenig Planwirtschaft,

dafür ein ausgesprochener Wirtschaftsliberalismus herrscht. Der bei Kriegsausbruch arg dezimierte Rindviehbestand — um nur ein Beispiel zu nennen — hat in knapp zwei Jahren das Vorkriegsniveau wieder erreicht. Weshalb? Weil das Fleisch und die Milch so günstig verkauft werden können, daß ein Anreiz zur Mehrproduktion besteht. Und da von Mehrproduktion zu Überproduktion nur ein kleiner Schritt ist, wird die Preiskorrektur nach unten in absehbarer Zeit auf natürlichem Wege eintreten. Schon jetzt zeigen sich die ersten Anzeichen hierfür. Daß das Fehlen einer gut funktionierenden Rationierung schwere soziale Ungerechtigkeiten erzeugt, liegt auf der Hand, aber dadurch werden eben auch die natürlichen Kräfte des Erwerbssinnes geweckt, da auf *Mehrleistung* auch die Prämie des *Mehrgenusses* steht. Ob das englische *gebundene* oder das italienisch *freie* Nachkriegssystem schließlich der Bevölkerung dienlicher ist, wird die Zukunft zeigen.

Die von Bilanzminister Einaudi mit unentwegter piemontesischer Hartnäckigkeit verfolgte

Deflationspolitik,

wozu auch die Krediteinschränkung der Banken gehört, hat bis jetzt die Preise nicht wesentlich zu senken vermocht, was angesichts der monatlichen Zunahme der Papiergeldzirkulation um 15—20 Milliarden Lire auch nicht erstaunlich ist. Hingegen sind bis jetzt zwei andere Sparten der Volkswirtschaft tiefgehend berührt worden: die Börse und der Devisenhandel. Die Aktienkurse sind seit letztem Frühjahr um durchschnittlich 50 % gefallen und haben gerade in den letzten Wochen einen katastrophalen Tiefstand erreicht. Ebenso weisen die Fremddevisen eher rückläufige Tendenz auf. Dieses Phänomen aber kurzerhand als «Flucht aus den Sachwerten» mit positivem Vorzeichen zu versehen, wäre wohl etwas verfrüht. Verkauft wird, weil verkauft werden *muß*. Sind einmal die Aktienbestände und Devisenvorräte erschöpft, wird man nolens volens auch die aufgestapelten Warenlager liquidieren müssen, was dann dem schon lange herbeigesehnten Preisabbau rufen dürfte. Eben sind im Detailhandel der Kleider- und Nahrungsmittelbranche die ersten Einbrüche erfolgt. So sanken der Ölpreis in Apulien innert Monatsfrist von 700 auf 400 Lire pro Kilo, der Zucker in Norditalien von 900 auf 700. Wenn der nach strengstem Roepkeschen Rezept vorgehende Minister Einaudi seine Deflationsmaßnahmen noch einige Monate wirken lassen kann, dürfte er gewonnenes Spiel haben und damit auch dem «schwarzen» Kreditmarkt, der Darlehen zu 36 % (!) Jahreszinsen vermittelt, das Lebenslicht ausblasen. Daß dabei manches schwach-

fundierte Unternehmen auf der Strecke bleiben dürfte, liegt freilich auf der Hand. Immerhin wird der Wert dieser heilsamen Rückbildungspolitik wieder in Frage gestellt, wenn der Staat die zahlungsfähig gewordenen Großkonzerne der Metallbranche Norditaliens mit Milliardenarlehen über Wasser halten muß, um ihnen die Auszahlung der seit Wochen geschuldeten Löhne und Saläre zu ermöglichen. Ein anderer Grund für die relativ tiefen Fremddevisenkurse ist übrigens der beträchtliche Anfall von Valuten aus dem wieder aufblühenden Fremdenverkehr und den Emigrantenrimessen. Die 100 000 zusätzlichen italienischen Arbeiter in der Schweiz allein dürften Italien jährlich 100 Millionen Schweizerfranken einbringen, von den andern Ländern ganz zu schweigen.

Nachteilig wirkt sich freilich der tiefe Stand von Dollar, Pfund und Franken im italienischen

Exporthandel

aus. Die gegenwärtigen Exportmittelkurse von ca. 490 Lire pro Dollar und 1800 Lire pro Pfund Sterling entsprechen dem internen Preisniveau in keiner Weise mehr, weshalb die Exportziffern immer schwindstüchtiger aussehen. Um «den Batzen und das Weggli» zu haben, d. h. günstige *Import*- und *Export*wechselkurse zugleich, gewährt die Regierung seit einigen Monaten gewissen Ausfuhrindustrien der Textilbranche Sondervergünstigungen, deren Tage aber wegen alliierter Einsprüche gezählt sein sollen. Die von Außenhandelsminister Merzàgora vor einem Monat in der Konstituante in Aussicht gestellte Erhöhung des offiziellen Dollarkurses von 350 auf 500 ist bis jetzt nicht realisiert worden. Daß diese Währungsunsicherheit lähmend auf den Kaufwillen ausländischer Abnehmer wirkt, liegt auf der Hand. Um Italien auf den Weltmärkten wieder konkurrenzfähig zu machen, sollten die Preise um mindestens 20—30 % gesenkt werden, sei es durch tatsächliche Reduktion oder durch Währungsabwertung. Bei der jetzigen Lage bleiben viele der in den letzten Monaten abgeschlossenen Handelsverträge Italiens mit dem Ausland toter Buchstabe, während die der Wirklichkeit besser angepaßten Kompensationskurse immerhin den Warenaustausch — wenn auch auf eigenartiger Basis (ein Simmenthaler Stier gegen so und so viele Kisten Spaghetti) — weitgehend ermöglichen. . .

Als besonders erfreulich zu vermerken ist nun die intensive

Wiederaufbautätigkeit,

auch im privaten Sektor. Wer nach Monaten gewisse Ruinengebiete wieder aufsucht, findet sich in den wiedererstandenen Stadtvierteln oft kaum zurecht. Ebenfalls macht die Rekonstruktion des Straßen- und Eisenbahnnetzes anerkennenswerte Fortschritte. So hat die Zugsdichte seit dem Fahrplanwechsel vom 5. Oktober wieder wesentlich zugenommen.

Summa summarum: die Lage Italiens konsolidiert sich langsam aber stetig, trotz gelegentlicher Rückschläge.

Peregrinus.